



## **SPD Landesparteitag bestätigt Kurs bei Stuttgart 21**

*Der Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg hat am 2. März 2013 in Heilbronn folgende Resolution zu Stuttgart 21 beschlossen:*

1. Die Volksabstimmung zu S21 im Jahr 2011 gilt. Bestandteil der damaligen Diskussionen und Abwägungen war auch der Kostendeckel von 4,5 Milliarden Euro. Eine Infragestellung der Volksabstimmung lehnen wir ab. Das Land führt keine Ausstiegsgespräche.
2. Der Kostendeckel gilt. Wir stehen zu dem in den Finanzierungsverträgen vereinbarten Landesanteil von maximal 931 Millionen Euro. Eine darüber hinaus gehende finanzielle Beteiligung des Landes an aufgetretenen und ggf. weiteren Mehrkosten lehnen wir ab.
3. Was den in der Diskussion befindlichen Flughafenbahnhof betrifft, so ist durch den von der Landesregierung initiierten Filderdialog eine neue Variante konsensfähig geworden. Diese ist der bisherigen Planung überlegen. Vor diesem Hintergrund sehen wir darin eine Sondersituation und befürworten – nach Prüfung durch die Landesregierung – eine anteilige Beteiligung des Landes an den nachgewiesenen, durch diese Variante ausgelösten Mehrkosten. Wir werden dazu das Gespräch mit unserem Koalitionspartner suchen.
4. Wir sehen alle Projektpartner (also die Deutsche Bahn AG, das Land, die Region Stuttgart und die Landeshauptstadt) gefordert, die Kostenrisiken von Stuttgart 21 gemeinsam zu minimieren.
5. Gleichzeitig weisen wir ausdrücklich auf die Funktion und Aufgabe der Deutschen Bahn AG als Bauherrin des Projekts hin. Das Land trägt keine Verantwortung oder Mitverantwortung für die Bautätigkeiten und eventuell weitere Kostensteigerungen. Die Deutsche Bahn AG baut – und das Land leistet einen finanziellen Beitrag.